Die Machtfrage von links stellen

Bündnisdebatte im Koma - doch die Herausforderungen bleiben: Ein vielleicht letztes, aber notwendiges Plädoyer für Rot-Rot-Grün von Luise Neuhaus-Wartenberg und Dominic Heilig

Was bringt der Jahreswechsel 2015/16 im politischen Berlin? Nun, zunächst jede Menge Klausuren der Parteien und Fraktionen. Inhalte werden mediengerecht aufpoliert, Ziele und Claims für die kommenden zwölf Monate abgesteckt. Alle Jahre wieder. Was also soll nun so besonders an diesen ersten Januartagen des Jahres 2016 sein?

Auf den ersten Blick nichts. Und auch auf den zweiten muss man sich alle Mühe geben, Neues zu entdecken. Doch: 2016 ist ein entscheidendes Jahr. Es beschreibt die letzte Kurve, in die sich ein Mitte-Linksbündnis auf Bundesebene in diesem Lande legen kann. Und in diesem Jahr entscheidet sich auch, ob eine zuletzt immer substanzloser gewordene Bündnisidee 2017 endgültig aus dieser Kurve fliegen wird - oder diese von #r2g gerade noch so bekommen wird.

Vieles spricht dafür, dass das Mitte-Linkslager zu den Bundestagswahlen in knapp 20 Monaten als solches gar nicht mehr antreten muss. Auch weil die Debatten um #r2g in den vergangenen zwölf Monaten so tief in einem künstlichen Koma lagen, dass nur wenig dafür spricht, dass sie rechtzeitig mit neuem Leben gefüllt werden könnten. Die Frage dahinter lautet überdies:

Warum sollte eine bislang erfolglose Debatte über #r2g auf Bundesebene überhaupt wiederbelebt werden?

Führende Mitglieder in SPD, bei Bündnisgrünen und Linkspartei hatten zuletzt ganz unverblümt einer fortgesetzten #r2g-Debatte auf Bundesebene jeden Realismus abgesprochen. Der linke SPD-Vize Ralf Stegner zöge es sogar vor, mit der toten FDP zu koalieren, statt der LINKEN ein Angebot zu machen. In der Linkspartei hat man sich zuletzt mit dem Argument aus der Debatte versucht zu ziehen, dass es höchstwahrscheinlich schon »rein rechnerisch« nicht für eine Mitte-Links-Mehrheit reichen würde. Mehrheit? Diese ist aktuell im Bundestag vorhanden und wird dennoch nicht genutzt. Die Auseinandersetzung darüber führt ins Leere, nicht nur, weil Umfrage- keine Wahlergebnisse sind. Eine Debatte über Notwendigkeiten und Inhalte wird dagegen seit geraumer Zeit nicht mehr geführt. Man spricht allenfalls übereinander und leider immer seltener miteinander.

Schulnoten – statt Strategiedebatten

Das seit dem Einzug der LINKEN in den Bundestag beliebte Spiel, untereinander Schulnoten im #r2g-Lager zu vergeben, ist nicht nur ausgelutscht, sondern darüber hinaus nur Beleg dafür, sich nicht mit der eigenen Politik, den eigenen strategischen und programmatischen Zielen ernsthaft auseinandersetzen zu wollen. In den Parteien, auch weit über #r2g hinaus, gibt es eine Furcht, ja geradezu eine Abwehrhaltung dagegen, sich zu öffnen, die eigenen (Miss)Erfolge offen zu diskutieren und notwendige strategische Debatten daraus abzuleiten. Bislang ist man damit mal auf der einen und mal auf der anderen Seite ganz gut gefahren. Doch »die bequemen Jahre sind vorbei.« So zumindest haben es

kurz nach dem Jahreswechsel Mitglieder der Linksfraktion formuliert[1]. Und ihnen ist vollumfänglich zuzustimmen.

Europa und dieses Deutschland sind nach rechts gerückt, der Rechtspopulismus erfährt in unseren Nachbarländern einen Aufschwung und hierzulande scheint er sich leider doch zunehmend Bahnen zu brechen. Europa ist - vor allem durch die Politik der deutschen Regierung - in den vergangenen Jahren undemokratischer und paternalistischer (Troika) geworden. Man weiß nun, warum in Brüssel die Mitglieder der EU-Kommission »Kommissare« genannt werden und spürt was mit einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten gemeint war.

Zäune werden hochgezogen, Tausende sterben im Mittelmeer bei dem Versuch Kriegs- und Krisengebiete zu verlassen. Und die, die es dennoch über die Mauern schaffen, landen im nächsten Krisengebiet: Europa. Kein Tag vergeht, an dem nicht Flüchtende in Deutschland angegriffen und diskriminiert werden - auf der Straße und durch Politik und Verwaltungen. Der laute Pöbel regiert die Straße und zieht nach und nach in die Parlamente ein. CDU und CSU packen alte Vorurteile in neue Gewänder und haben dieses Landes weit nach rechts verschoben.

Europa rutscht nach rechts: Es reicht!

Während im Süden Europas Menschen bürokratisch in die Armut verabschiedet und Banken milliardenschwer gerettet werden, wird überall auf dem Kontinent selbst der Gedanke der Freizügigkeit aufgegeben und Grenzen dicht gemacht - ob in Kroatien und Slowenien oder zuletzt in Schweden und Dänemark. Polen geht den Weg der ungarischen Orbanisierung und in Frankreich wird der Front National zu stärksten Partei. Deutschland hofiert einen

Diktator, der von Ankara aus das Osmanische Reich wiederbeleben will, während die CDU-Schwesterpartei in Portugal mit einem konstitutionellen Kniff versuchte, eine mehrheitsfähige Mitte-Linksregierung zu verhindern.

Um ganz offen zu sein: Es reicht! Doch reicht es auch dafür, dass sich in diesem Land Menschen aufmachen, die Politik in eine entgegengesetzte Richtung zu verschieben? Was unterscheidet eigentlich Menschen mit Parteibuch von all jenen, die ehrenamtlich und aus humanitären Gründen seit Monaten anpacken und dort helfen, wo Flüchtende Hilfe benötigen und bereit sind, notwendige Kompromisse einzugehen?

Vor diesen und vielen weiteren zivilisatorischen Katastrophen, die wir viel zu lange schon hingenommen haben, muss sich dringend ein neuer, anderer #r2g Dialog entwickeln. Ja, vielleicht geht es auch nicht ohne ein Prinzip, dass dem einstmals vom PCI in Italien propagierten »historischen Kompromiss« gleichkommt.

»Demokratiebündnis gegen rechts«

Wenn SPD, Grüne und LINKE 2016 so weit auseinander liegen sollten, wie es scheint und alle Seiten beständig betonen, dann, gerade dann muss man wohl ein zukünftiges Bündnis der drei ungleichen Parteien zuvorderst unter diese Überschrift stellen. Ähnlich hatte es der Ex-Vorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst,[2] im Dezember in einem Zeitungsbeitrag anklingen lassen. Angesichts der gesellschaftlichen Verwerfungen sei es dringend geboten, ein »Demokratiebündnis gegen rechts« zu bilden.

Dieses aber kann nur entstehen, davon sind wir überzeugt, wenn sich die drei benannten Parteien und um sie herum die

gesellschaftlichen Akteur*innen und Institutionen zusammentun und ihrerseits Mauern abbauen. Es ist Zeit für einen Aussöhnungsprozess - der in den letzten 25 Jahre nie gesucht wurde und deshalb auch nicht stattgefunden hat. Es geht um nicht weniger als ein anderes Verständnis von Mitte-Links, einer anderen Annäherung an #r2g.

Rot-Rot-Grün muss neu gedacht werden, sich absetzen von dem bloßen Zusammenrechnen von Mehrheiten bei gleichzeitiger Verweigerung, auch inhaltlich-programmatische Fundamente zu schaffen. Dafür aber müssen die Grundlagen in den jeweiligen Parteien geschaffen werden. Es ist an der Zeit, dass Parteien links der Union damit aufhören, sich mehr mit dem auseinanderzusetzen, was jenseits ihrer Parteigrenzen gesagt und getan wird. Es ist Zeit, dass sie ihre strategischen Ziele und Inhalte einem Stresstest vor dem Hintergrund der aktuellen Verwerfungen aber auch Aufbrüchen in unserer Gesellschaft und den daraus entstehenden Anforderungen an sie unterziehen. Deshalb wollen wir uns auf uns beziehen, auf unsere Partei und fragen: Was bedeutet das für die LINKE?

Fünf Überlegungen

Zum ersten muss DIE LINKE aus unserer Sicht einige ihrer doppelten politisch-strategischen Standards beiseitelegen. Diese bestehen zum einen sichtbar in dem Willen, sich an #r2g-Bündnissen in den Ländern beteiligen zu wollen, diese sogar anzuführen, sich auf Bundesebene beispielsweise aber mit dem Verweis auf die aktuelle Außenpolitik der SPD im Bündnis mit der Union einem solchen zu verweigern.

Was will man erwarten, von einer schwarz-roten Außenpolitik, außer den Tatsachen, die diese Große Koalition seit Jahren schafft? Würde sie eine andere, friedliche, gerechte und nicht-interventionistisch militärische Außenpolitik betreiben, bräuchte es DIE LINKE in einer Mitte-Linksregierung und sogar als Oppositionskraft im Bundestag kaum mehr. Zum anderen aber muss die europäische Politik der LINKEN mit der hierzulande in Einklang gebracht werden. Es ist völlig unverständlich, die neue Mitte-Linksregierung in Portugal gegen die deutsche und damit europäische Austeritätspolitik zu feiern, aber selbst, im eigenen Land eine solche Konstellation und damit eine mögliche Abkehr von Austeritätsdiktaten für den Rest Europas mit Verweis auf Differenzen in anderen Politikfeldern abzulehnen.

Zum zweiten sollte DIE LINKE aus dem Jahr 2015 Schlüsse ziehen. Dabei würde es schon genügen, das eigene Handeln im vergangenen Jahr zu betrachten - vor allem auch im Hinblick auf den in Athen begonnenen »europäischen roten Frühling«. Dieser mag zwar nicht in einem dunklen, schwarzen Winter gemündet sein, trist und neblig ist er aber allemal. Der Linkspartei ist es bei aller anfänglichen Euphorie - und noch viel weniger in den schwierigen Momenten, wie im September vor den Neuwahlen in Griechenland – nicht gelungen, aus ihrem deutschen Kokon herauszukommen, um den Anti-Austeritätsprozess im Süden Europas entscheidend zu unterstützen.

Vielfach wurde der Begriff »Zuschauersolidarität« in diesem Zusammenhang genutzt und dies nicht ganz zu unrecht. Hier und da flackerten gar Debatten unter Linken und LINKEN in Deutschland unter der Überschrift »Reinheit statt Einheit« mit Blick auf die schmerzhaften Kompromisse der Tsipras-Regierung in

Athen auf. Dies hat nicht nur der griechischen, sondern auch der Europäischen und damit auch der deutschen LINKEN geschadet. Es wurde kein Verständnis dafür entwickelt, dass es der griechischen Linksregierung um ein einziges Ziel ging: die Bereitstellung von Handlungsspielräumen für eine Demokratisierung des Landes und damit Europas. Stattdessen stimmten einige LINKE in einen Wettstreit über die Vorteile eines linken oder rechten Grexit ein und verschärften ihrerseits die Solidaritätskrise in der sich Europa aktuell befindet.

Die Mahnung des Giorgos Chondros

Nicht nur das Referendum in Griechenland, auch das Ergebnis der Neuwahlen im September zeigten, dass diese Debatte in der deutschen LINKEN reichlich selbstbezogen, wenig bis gar nicht auf die griechischen Verhältnisse und deren politischen Akteur*innen abgestellt und damit mehr paternalistisch denn solidarisch war. 2015 kann man diesbezüglich als verlorenes Jahr für unsere Partei bezeichnen, als dass es gerade im Zusammenhang mit den Auseinandersetzung Griechenlands in der Eurogruppe notwendig gewesen wäre, auch in Deutschland endlich die Machtfrage von links zu stellen.

Womit wir bei einem dritten Punkt wären. Der SYRIZA-Politiker Giorgos Chondros hat es in einem Gespräch[3] mit der linken Tageszeitung »neues deutschland« auf den Punkt gebracht. Er forderte von der deutschen LINKEN endlich auch hierzulande »die Machtfrage zu stellen«.

Übersetzt formuliert: Die auch hierzulande herrschende Polit- und Wirtschaftsoligarchie ist endlich herauszufordern. Trotz aller Erfolge, die DIE LINKE in Opposition im Bundestag erzielen konnte

und die es ohne uns zweifelsohne nie gegeben hätte, hat sich - mit Schlussstrich 2015 - das Land dennoch weiter militärischen Abenteuern hingegeben, werden weiterhin soziale Mindeststandards geschliffen und die Idee von Europa weiter unterhöhlt.

Seit zehn Jahren nun sitzt DIE LINKE in Opposition im deutschen Parlament. Es ist an der Zeit, eine nächste Stufe zu erklimmen. DIE LINKE ist eine acht bis zehn Prozentpartei. Allein dies ist ein Stellenwert. Doch, um Chondros weiter sinngemäß zu zitieren: Das Problem ist, dass sie sich auch so verhält. Das aber kann nicht der Anspruch einer LINKEN in Deutschland sein.

Kurswechsel in den Ländern, bundesweiter Kampf

Selbstverständlich kämpfen wir für einen Politik- und Machtwechsel bei den Landtagswahlen 2016 in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Dieser ist in den Ländern dringend notwendig. Nicht minder wichtig aber ist für die Partei, dass wir endlich auch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in die Landtage einziehen. Vielleicht ist dies sogar für die innerparteilichen Diskurse in Bezug auf einen bundesweiten Kampf für alternative Mehrheiten wichtiger, als viele heute meinen würden.

Ein vierter Blick zurück auf das vergangene Jahr: Erst vor wenigen Tagen waren die Spanier*innen an die Wahlurnen gerufen. Und obwohl die Politik der Konservativen in Madrid ebenso sozial grausam wie die ihrer Schwesterparteien in Portugal und Griechenland war, ist ein Machtwechsel vorerst ausgeblieben. Institutionelle Gründe mögen dafür auf der einen Seite verantwortlich sein. Doch auch auf der anderen Seite zeigen die

Ergebnisse in Madrid auch, dass es die Spaltung der Linken war, die einen Erfolg wie in Athen oder Lissabon vereitelten.

So gelang es nicht sich auf einen gemeinsamen, vielleicht auch nur kleinsten gemeinsamen Nenner - die Beendigung der Austerität - zu einigen und zusammen in die politischen Auseinandersetzungen zu gehen. Alte und neue Vorbehalte unter Linken haben einen deutlichen Erfolg zunichte gemacht. Sicherlich, es ist gelungen das traditionelle Zweiparteiensystem in Spanien aufzubrechen. Das Land aber aus dem Kanon der Berliner Troikadiktate herauszulösen ist nicht gelungen.

DIE LINKE sollte dies in ihre strategischen und inhaltlichen Debatten einbeziehen und nicht ihrerseits vorbei am notwendigen kleinsten gemeinsamen Nenner sich weiter in die Isolation begeben. Wir bleiben dabei: Es ist Zeit für eine Öffnung, eine - nach der Fusion von WASG und Linkspartei.PDS - zweite Erneuerung.

Schließlich und fünftens muss DIE LINKE entscheiden, ob sie weiterhin fundamental an ihrer Forderung nach der sofortigen Umsetzung aller ihrer programmatisch-konstitutiven Inhalte in einem #r2g-Bündnis festhalten will. Dann, so fürchten wir, bleibt sie ausschließlich der Attitüde einer Oppositionspartei verbunden.

Oder ist sie in der Lage konkrete Themen, Ziele und Projekte zu beschreiben, die den dringlichsten Problemen in Europa und den Menschen in diesem Land Rechnung tragen? Wir meinen, gerade um letzteres muss es gehen. Wer ein Mitte-Linksbündnis 2017 auf Bundesebene mit Verweis auf 2021 abschreibt, der hat keine Antwort auf die Frage, wohin sich dieses Land und Europa in den vier Jahren dazwischen entwickeln soll und was in fünf Jahren

eigentlich anders sein sollte, als heute, wenn sich keine der beteiligten politischen Richtungen einem Öffnungs- und Änderungsprozess unterzieht.

Bausteine suchen und zusammenfügen

Die Frage ist also, ob es gelingt, die Vergabe von Schulnoten zu beenden und allergische Reaktionen im #r2g-Lager vermieden werden können und stattdessen eine Debatte darüber entsteht, wie den aktuellen Entwicklungen in Europa entgegengetreten werden kann. Denn die Fragen dieser Zeit, die vielfach und sehr detailliert schon längst gesellschaftlich von anderen diskutiert werden, die Suche nach Antworten genau auf diese Fragen und der Wettstreit um die besseren Ideen, all das sollte ausreichen, um einen gemeinsamen Weg, der erfolgreich 2017 in konkrete Politik münden kann, zu beschreiben.

Die Bausteine dafür müssen bereits heute bestellt und passend zueinander gefügt werden. Das muss aus unserer Sicht den Beginn diese Jahres auszeichnen. Darum und dafür müssen LINKE, SPD und Grüne ringen, zunächst bei sich selbst und natürlich mit dem Ziel, möglichst viele Inhalte und Wähler- und gesellschaftliche Stimmen in #r2g einfließen zu lassen.

Deshalb ist es für uns auch kein Widerspruch als LINKE die Machtfrage drängender und zugespitzter zu stellen, damit für eine stärkere LINKE zu kämpfen und gleichzeitig einen Prozess der Öffnung zu unterstützen, den viele Millionen Menschen hierzulande und in Europa von uns erwarten.

*Luise Neuhaus-Wartenberg und Dominic Heilig sind Bundessprecher*innen des Forum Demokratischer Sozialismus (fds) in der Partei DIE LINKE.*

Links:

1. http://www.neues-deutschland.de/artikel/996632.fuer-eine-linkswende-gegen-den-rechtstrend.html
2. http://www.fr-online.de/gastbeitraege/analyse-runter-von-der-zuschauertribuene-,29976308,32653602.html
3. http://www.neues-deutschland.de/artikel/986411.die-deutsche-linke-muss-die-machtfrage-stellen.html